

Friedrich AUGUST Hölzel

Häftling Nr. 109296
im Konzentrationslager Dachau



Mein Großvater Friedrich August Hölzel wurde am 16. April 1887 in Dotzheim geboren,
das 1928 zu Wiesbaden eingemeindet wurde.

Er besuchte acht Jahre lang die Elementarschule, die er am 30. März 1901 mit guter Befähigung beendete.

Am 6. Oktober 1921 heiratete mein Großvater Emilie Wagner.

Ihre gemeinsame Tochter Luise erblickte am 7. Februar 1923 das Licht der Welt. Mit ihrem späteren Ehemann
Walter Willnat hatte Luise drei Töchter, zu denen ich—Rita Willnat—zähle.

Friedrich AUGUST Hölzel

Beruflicher Lebensweg des August Hölzel

Nach Abschluss der Elementarschule erlernte August Hölzel den Beruf des Maurers. Die Abschlussprüfung mit Gesellenbrief bestand er am 3. Mai 1905 mit der Note „gut“ vor der Handwerkskammer Wiesbaden. Mein Großvater war ein sehr friedliebender Mensch. Aus den vorhandenen Versicherungsunterlagen gehen keine militärischen Zeiten hervor, auch nicht im Ersten Weltkrieg.

Mein Opa war beschäftigt beim Deutschen Baugewerksbund. Neben seinem handwerklichen Können war er Vorsitzender und Treuhänder der Gemeinnützigen Volkshaus-Genossenschaft Wiesbaden.

Ab 1924 – die Weimarer Republik war noch jung – betätigte sich mein Großvater auch als Schöffe im Gemeindevorstand. Als SPD-Repräsentant kämpfte er natürlich auf der Seite der Arbeiter, war Gewerkschaftssekretär sowie ehrenamtlich in der Arbeiterbewegung aktiv. Ende 1929 gelang meinem Opa schließlich der Sprung in den nassauischen Kommunallandtag in Wiesbaden.



Verlust der Arbeit sowie aller Ämter bereits 1933

Nach Hitlers Machtübernahme war das Leben auch für Sozialdemokraten bedrohlich geworden. Bereits am 5. Mai 1933 wurde meinem Opa die Kündigung der Gemeinnützigen Volkshaus Genossenschaft Wiesbaden übermittelt. Mit Datum 20. Juni 1933 wurde er fristlos aus dem Dienstverhältnis des Deutschen Baugewerksbundes entlassen.

Da inzwischen die Deutsche Arbeitsfront agierte, erfolgte auch von deren Seite am 29. Juni 1933 die Kündigung des Dienstverhältnisses zum 30. Juni 1933. Begründet wurde sie mit der staatsfeindlichen Einstellung meines Großvaters. Das Schreiben trug die Unterschriften des Bezirksleiters der Deutschen Arbeitsfront sowie des Beauftragten der NSBO.

Aus gleichem Grunde verlor mein Großvater alle Ehrenämter sowie seine Versicherungsansprüche vom 1. Juli 1933 bis zu seinem Todestag in Dachau am 16. Oktober 1944.

Historisches zur „staatsfeindlichen Gesinnung“ meines Großvaters

Die SPD wurde am 2. Februar 1868 gegründet, fast 20 Jahre vor der Geburt meines Großvaters. Wann genau er einer ihrer Genossen wurde, konnte ich leider nicht in Erfahrung bringen.

In den schwierigen Zeiten der Weimarer Republik (1918 – 1933) wurde am 5. Januar 1919 die völkisch orientierte DAP (Deutsche Arbeiterpartei) gegründet. Nach dem Beitritt Adolf Hitlers im Herbst 1919 wurde die DAP nur wenige Monate später unter dem gigantischen Einfluss Hitlers und tosendem Beifall im Münchner Hofbräuhaus in NSDAP umbenannt.

Zu seiner Unterstützung hatte Hitler bereits 1926 Joseph Goebbels zum Gauleiter in Berlin-Brandenburg ernannt. Auch Goebbels Fähigkeiten bestanden darin, gezielte Propaganda zu verbreiten und Aggressionen vor allem gegen die jüdische Bevölkerung zu schüren. Die Hetztiraden der beiden waren unerträglich, brachten jedoch ihre gewünschte Wirkung.

Erschwerend hart wurde die Republik von den immensen Reparationszahlungen, die aus dem Ersten Weltkrieg und Versailler Vertrag hervorgingen, getroffen. Gleichzeitig erlebten die Menschen eine desaströse Inflation, die zu Hunger, Elend und großer Not führte. Wenn am 2. Dezember 1923 ein Kilo Kartoffeln 90 Milliarden Mark kostete, wird deutlich, wie riesig die zu bewältigenden Probleme waren.

Hinzu kam die Weltwirtschaftskrise, die am 25. Oktober 1929 begann. Ihre Folgen waren sinkende Exporte und fürchterliche Massenarbeitslosigkeit. Hitlers unersättliche Gier nach Macht festigte sich indes rasant und zog immer mehr Menschen in den Bann der NSDAP. Es verwundert daher nicht, dass sie bereits 1932 zur stärksten Fraktion im deutschen Reichstag wurde.

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler gegen die Stimmen der SPD zum Reichskanzler ernannte, zog Hitler mit brachialer Gewalt die Schlinge zu.

Sein rhetorisches Rüstzeug brachte ihm dennoch massiven Zulauf. Die Folgen indes waren erschreckend:

- Nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 erließ Hitler am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz und erteilte sich so uneingeschränkte Vollmacht.

- Im April 1933 wurde der Boykott jüdischer Geschäfte ausgerufen.

- 10. Mai 1933: Bücherverbrennungen.

- 15. September 1935: Verkündung der Nürnberger Gesetze und Rassenwahn in Vollen- dung.

- 9. September 1938: Reichspogromnacht.

Hitler akzeptierte weder Kritik, noch Widerstand. Daher überrascht es nicht, dass bereits im Mai und Juni 1933 tausende von Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet und die SPD und KPD verboten wurden.

Als Paul von Hindenburg am 2. August 1934 starb, ernannte sich Hitler kurzerhand selbst zum Reichspräsidenten und Führer. Er hatte sein Ziel erreicht und machte sich zum uneingeschränkten Diktator, der die Welt beherrschen wollte. Wahnsinn sowie unvorstellbare Gewaltexzesse nahmen im Eiltempo ihren Lauf.

Wer das Parteiprogramm der NSDAP kannte und sich noch einen gesunden Menschenverstand sowie eine Portion Mut bewahrt hatte, wusste, was auf Deutschland zukommen würde. Mein Großvater zählte zweifellos zu den Personen, die Hitler und seine Anhängerschar verabscheuten und sich ihnen widersetzten.

A black and white portrait of a man with a mustache, wearing a suit jacket and a white shirt. The man is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is a plain, light color. The image has a slightly grainy texture, characteristic of older photographs.

Wie ein Spinnennetz zog die NSBO ihre Fäden durch das ganze Land. Sie bildete ihre Zellen in allen Städten, Kreisen und Bezirken. Sogar Straßen- und Unterstraßenzellen existierten. Mit dieser gewaltigen Machtpresenz wurden die Gewerkschaften zerschlagen und Betriebe im nationalsozialistischen Denken manipuliert. So war es schier unmöglich geworden, den Beauftragten der NSBO zu entkommen. Am 2. Mai 1933 wurden die Freien Gewerkschaften verboten. Mitglieder und Vermögen wurden von der Deutschen Arbeitsfront übernommen, Funktionäre verhaftet oder in die Emigration getrieben. Die NSBO verlor an Bedeutung, konnte sich jedoch noch bis 1935 halten, dann ging auch sie in der DAF auf.

Am schlimmsten war jedoch die jüdische Bevölkerung betroffen. Meine Mutter berichtete mir einmal, wie groß der Zwiespalt war, dem schon Schulkinder damals ausgesetzt wurden. Während arische Kinder keine Repressalien zu fürchten hatten, wurden jüdische Kinder beschimpft, verhöhnt und miserabel behandelt. Kam meine Mutter aus der Schule, erklärte ihr mein Opa – völlig konträr zu den Aussagen der Lehrerschaft –, dass die Juden unsere Freunde seien und sich nichts am Umgang zu ihnen ändere.

Gestapokarteikarte der Gestapodienststelle Frankfurt am Main zu August Hölzel
(Vorderseite und Ausschnitt der Rückseite)
Quelle: HHStAW 486, Nr. 43237

Verhaftung, KZ Dachau, Tod

Nach seiner Entlassung aus dem Bauwerksbund 1933 hatte August Hölzel eine Stelle als Maurer bei der Firma „Gebrüder Schnell - Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau“ in Dotzheim gefunden. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 setzte die Gestapo im August eine große Verhaftungsaktion gegen frühere Funktionäre und Abgeordnete der ehemaligen Oppositionspar-

teien und andere politische Gegner in Gang. In den frühen Morgenstunden des 22. August 1944 wurde mein Großvater im Rahmen der Aktion Gewitter (häufig auch als Aktion Gitter bezeichnet) von der Gestapo und einem Kriminalbeamten verhaftet, in Schutzhaft in das Gefängnis in Wiesbaden überführt und Mitte September 1944 ins KZ Dachau verlegt. Dort starb er am 16. Oktober 1944.

Die Aktion Gewitter erfolgte auf Himmlers Befehl.

Auszug aus dem geheimen Befehl des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zur zentralen Durchführung der Aktion Gewitter durch die Gestapo vom 19. August 1944:

„1. RF-SS hat befohlen, alle früheren Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Stadtverordnete der KPD und SPD und sämtliche ehemaligen Partei- und Gewerkschaftssekretäre im Reich festzunehmen. Gleichgültig ist, ob diesen im Augenblick etwas nachgewiesen ist oder nicht.

2. Die Festnahmeaktion muss gleichzeitig am 22. August 1944 in den frühen Morgenstunden beginnen.

3. Die Festgenommenen sind in Schutzhaft zu nehmen. Über Einweisung in KL ergeht [...] nach Abschluss der Aktion weitere Weisung.“

Diesem Befehl zufolge kam mein Großvater als politischer Gefangener in Schutzhaft in Wiesbaden und wurde am 17. September 1944 in das Konzentrationslager Dachau überführt. Dort endete sein Leben am 16. Oktober 1944.

Die Zeit danach

An dieser Stelle möchte ich gerne ein Plädoyer für meine Großmutter abgeben. Die Trauer um ihren Mann hielt bis zu ihrem eigenen Tod im November 1977 unvermindert an und erschütterte sie bis in den letzten Winkel ihrer Seele. Nahezu täglich erzählte sie uns vom Zweiten Weltkrieg und dem unfassbaren Leid, das er Millionen von Menschen weltweit brachte.

Emilie Hölzel war eine sehr bescheidene und überaus herzliche Frau. Sie zählt zu den liebenswertesten Menschen, die mir je begegnet sind. Immer war sie für uns da und nie war ein böses Wort von ihr zu hören.

Auch die Nachkriegszeit muss sehr viel von ihr abverlangt haben. Überall im Land waren die Entbehrungen groß. Es gab weder Geld noch Nahrung oder Kleidung. Deutschland lag in Trümmern und hinterließ Verzweiflung und Schuld in einer gigantischen Dimension.

Dennoch mussten auch die Hinterbliebenen der Kriegsoffer weiterkämpfen, um selbst nicht unterzugehen. Omas zwei Gärten halfen ihr über die schlimmste Not hinweg. Auch ihre Verwandtschaft im kleinen Lohrheim, wo es noch viel Landwirtschaft gab, stand ihr fest zur Seite. Generell war der Zusammenhalt unter Gleichgesinnten sehr, sehr stark.

Ihre seelischen Qualen konnte ihr jedoch niemand abnehmen; sie waren auch nicht monetär auszugleichen. Als Witwenrente erhielt sie anfangs 27,40 RM monatlich, die Rente für politisch Verfolgte betrug 200,- RM pro Monat. Eine Notstandsbeihilfe wurde am 6. Oktober 1950 abgelehnt, ihrem Wiedergutmachungsantrag wurde am 21. April 1951 entsprochen. Das monatliche Blutgeld – wie meine Oma es bezeichnete – betrug anfangs 237,- DM, zuletzt 329,- DM. Sie rührte es selbst nie an, sondern überließ es ihrer inzwischen wieder gewachsenen Familie.

Zwei Aussagen beschreiben unsere liebe Oma Milchen besonders prägnant:

1. Nach dem Krieg wollte man in Dotzheim eine Straße nach meinem Großvater benennen. Meine Oma lehnte dies jedoch ab mit den Worten: „Man hat meinem August nicht geholfen, als er Hilfe brauchte. Jetzt ist es zu spät dafür.“

2. Als die Asche ihres Mannes eintraf, äußerte sie sich sinngemäß, dass in dieser Urne sicherlich die menschlichen Überreste mehrerer gequälter SS-Opfer zu Grabe getragen wurden. Meine Großmutter würdigte sie umso mehr mit Demut und Respekt.

Anders der Lagerkommandant und SS Sturmbannführer, der ihr schriftlich mitteilen ließ, ihr Mann sei an Lungenentzündung gestorben.

An dieser Stelle erlaube ich mir, folgendes Goethe-Zitat zu äußern:

„Die Botschaft hör` ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“



Verfasserin

Rita Willnat, Enkelin von August Hölzel.

Rita Willnat

Quellen- und Literaturverzeichnis:

Arolsen Archives 1.1.6.7 10662576; 1.1.6.2 10096079
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58-10585
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 486 Nr. 43237

Sammlung Hölzel/Willnat

Klaus Kopp: 125 Jahre Sozialdemokratie in Dotzheim 1868 – 1993. Ein historischer Streifzug. Vortrag aus Anlaß der Jubiläumsfeier des SPD-Ortsvereins Wiesbaden-Dotzheim am 2. Februar 1993, Wiesbaden 1993

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933 – 1945, Gießen 1990

Gerhard Starcke: N.S.B.O. und Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1934

www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/nsbo.html

LeMO Weimarer Republik - Innenpolitik - NSDAP (dhm.de)

www.deutschlandfunk.de/ns-geschichte-deutsche-arbeitsfront-gleichschaltung-gewerkschaften-1-mai-100.html

Bildnachweis:

S. 3, Gestapokarte: HHStAW, 486 Nr. 43237

Alle anderen Bilder privat